

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Redaktion: Gebr. Amhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: einjährlich 12 Mark, halbjährlich 7 Mark, vierteljährlich 4 Mark. Einzelhefte 15 Pfennig. Postzuschlag 10 Prozent. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5361. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsleiter: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 23261 und 12707. Geschäftszeit von 7 bis 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pfennig, die 90 mm breite Restzeile 1.50 Mark, für auswärtsgehende Anzeigen 2 Pfennig und 2 Pfennig Familienanzeigen, Stellen- und Privatverträge 40 Pfennig. Für Briefverbreitung 10 Pfennig.

Nr. 269

Dresden, Freitag den 19. November 1926

37. Jahrg.

Königskrone aus Straßenschlamm

K. Budapest, 16. November.

Die ungarische Nationalversammlung, die als ihr letztes und schmachvolles Werk das Gesetz über die Vererbung des Magnatenhauses verabschiedete, ist überaus überweilend vom Grafen Bethlen aufgelöst worden. Es hat die Regierung eine durch und durch feudale erste Kammer schaffen können, die eine ungeheure Bedeutung hat. Die aristokratischen Familien des Landes, die über dreitausend Personen direkte Steuern zahlen, katholische Bischöfe, evangelische Superintendenten und zwei jüdische Rabbiner werden mit den von Sorby ernannten Mitgliedern und mit den Erwählten der adeligen Komitatsverwaltungen zusammen die Restauration der feudalen Vorverhältnisse zu vollenden und Ungarn einen König aus dem Grafen Bethlen zu geben haben. Das ist der Plan des Grafen Bethlen, der noch den Stürmen und Sandalen der Unzufriedenheit heute die Zügel fester in den Händen hält als jemals zuvor.

Die Reaktion zu stärken, die Konterrevolution zu befehlen, hatte Graf Bethlen keines Magnatenhauses bedurft; denn die aus einem oktrozierten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung servierte alles, was das Herz eines jeden Königgedrungen nur verlangen konnte. Aber dem Grafen Bethlen und seinen aristokratischen Freunden mündel nicht die Reaktion, die aus Gründen der Demagogie auf die kleinbürgerlichen und großbürgerlichen Elemente noch irgendeine Rücksicht nehmen muß, wie dies bei der bisherigen Nationalversammlung der Fall war. Seit tausend Jahren wird in dem Lande die Macht zwischen der großen Aristokratie und zwischen dem Zentrum, dem Landadel, geteilt. Revolution und Konterrevolution unterbrechen das hergebrachte Herrschaftssystem. Er will nun das traditionelle System, das mit dem Namen „Rechtskontinuität“ schmacht gemacht werden soll, wiederherstellen. Das Magnatenhaus liefert die gesetzgebende Gewalt den weltlichen und kirchlichen Großgrundbesitzern und ihren Hausjungen und ihren wissenschaftlichen und richterlichen Klopffechtern aus. Die Nationalversammlung soll aber einem Abgeordnetenhaus Platz geben, das vollkommen von dem mittleren Adel beherrscht wird. 57 Prozent des ganzen bebauten Bodens (8,7 Millionen Katastraljoch) gehören 920 Familien, von denen jede mehr als 100 Joch besitzt. Die Spitze dieser feudalen Pyramide sind 1507 Großgrundbesitzer, von denen jeder über tausend Joch sein eigen nennt und die insgesamt 6,3 Millionen Katastraljoch bebauen, einige unter ihnen allein fast eine halbe Million Joch Boden, so der Fürst Esterhazy. Es gibt 1136 000 Landarbeiter ihnen gegenüber, die keinen Joch Boden besitzen. Die landwirtschaftliche Gesamtbevölkerung beträgt über 4,1 Millionen Seelen, davon sind mehr als dreieinhalb Millionen vollkommen beschlos. Es ist eine Agrarverfassung, wie sie heute nirgends in Europa aufzufinden ist. Sie der französischen vor 1789 und der russischen vor 1917 ähnlich sieht. Das Land gehört im buchstäblichen Sinne neuntausend Familien, unter sie soll nun der Rest des Magnatenhauses und des Abgeordnetenhauses, also die gesetzgebende Macht, geteilt werden. Das ist der Sinn der Errichtung des Magnatenhauses und der nun vorzunehmenden Neuwahlen. Ungarn ist ein Land, in dem alle objektiven Voraussetzungen einer Agrarrevolution gegeben sind, wie in keinem europäischen Lande. Diese Voraussetzungen zu seiner Wirklichkeit werden zu lassen, ist Um und Auf der ungarischen Politik.

Diese feudale Agrarverfassung verlangt die monarchische Spitze: solange der gekrönte Räuber nicht da ist, fühlen sich die ungekrönten unsicher. Darum denken und sinnen die Bethlenländer nur daran, wie sie durch die Zurückbringung der Habsburger ihrer von den Stößen der Revolution erschütterten Herrschaft die „Weiße der alten Verfassungsmäßigkeit“ geben könnten. Mit Gewalt ging's nicht, das gäben die beiden Restaurationsversuche Karl Habsburgs. Mit der Rückführung des französischen Geldes, dessen Ertrag zur Unterwühlung der Nachfolgestaaten, vor allem der Tschechoslowakei, bestimmt war, ging es auch nicht. So will man der Welt vorführen, daß die ganze Nation, wie sie sich im Magnatenhaus und im Abgeordnetenhaus darstellt, nach dem König brecht und so die monarchistische Restauration langsam, aber sicher vorbereiten. Es ist betäubend, daß sogar ein Blatt wie die Frankfurter Zeitung (vom 14. November) auf diesen Schwundel hereinfällt. Sie berichtet, daß ganz Ungarn nach dem König schreit, aber vergißt zu sagen, daß ein Geleitartikel vom Jahre 1913 jede republikanische Propaganda mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestrafte und daß dieses nach dem Stimmia schreiende Ungarn eben aus den neuntausend Hochverräterinnen und aus ihrem jüdisch-aristokratischen Trost besteht.

Bisher standen den monarchistischen Bestrebungen die Verheerung der Mächte der Kleinen Entente im Wege. Nun kommt man aber Aden zwischen Sorby und Avarescu. Der gewesene Außenminister Bethlen, Graf Nikolaus von Saffar, ist rumänischer Staatsbürger und Verbindungsmitglied zwischen dem Hof in Bukarest und dem kommenden Hof in Budapest geworden. Man kann die Nichtswürdigkeit dieses Renegatentums nur ermessen, wenn man sich vorstellen würde, daß ein Außenminister der deutschen Republik, aus Elch stammend, die französische Staatsbürgerschaft er-

langt und dabei im Amt und Hause des deutschen Reichsführers ein- und ausgeht. Auch der Hof in Belgrad beginnt sich der monarchischen Solidarität zu beugen, und Sorby und Rintischitz tauschen miteinander in der letzten Zeit Komplimente und Liebenswürdigkeiten. Bei Mussolini war das Galgen-Ungarn immer schon Liebling, und daß die britische Diplomatie den ungarischen Feherschnitten schon immer die Stange hielt, ist wohl bekannt. In der Tschechoslowakei aber ist die Reaktion so stark geworden, daß man genug Mühe haben wird, die eigene Republik gegen den Faschismus zu verteidigen und zu behaupten, für die Abwehr eines monarchistischen Restaurationsversuches in Ungarn wird wohl kaum noch einmal Wille und vor allem Macht vorhanden sein.

So wird nun mit großer Zähigkeit im Innern und im Auslande an der Vorbereitung der Monarchie gearbeitet. Das nun zu wählende Abgeordnetenhaus soll die Aufgabe haben, Ungarn innerpolitisch und sozial auf diesen Umsturz, der nicht nur als ein ungarischer Gedacht ist, vorzubereiten. Die größte und unmittelbare Gefahr droht der österreichischen Republik und dann dem heranreifenden Anschluß der Republik an Deutschland. Aus seiner Vereidlichheit, den Anschluß zu bekämpfen, hat die ungarische Konterrevolution die schließliche Zustimmung der auswärtigen Mächte zur Restauration der Habsburger in Ungarn zu erwirken. Grund genug für das deutsche Proletariat aller Länder, den Vorgängen in Ungarn erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die ungarische Sozialdemokratie hat in diesem schicksalshohen Kampf einen außerordentlich schweren Stand. Das Wahlrecht ist kein allgemeines — und mit dem schärfsten Wahlzirkel und den gemeinsten Unterdrückungsmaßnahmen ist zu rechnen. Die Sozialdemokratie wird trotz alledem noch besten Kräfte den Kampf aufnehmen und ihn unter schwersten Opfern führen.

Sankt in den Regierungsparteien

D. Berlin, 19. November. (Eig. Funkdruck.) Die völksparteiliche Tägliche Rundschau befaßt sich abermals mit „Koalitionsverhandlungen“ und erklärt dabei, die Deutsche Volkspartei sei, wie jeder wisse, grundsätzlich bereit, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Sie lege aber entscheidenden Wert darauf, daß zunächst einmal die Voraussetzungen geklärt werden, unter denen ein

Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten möglich sei. Das Blatt schließt: „Diese Forderung ist im Hinblick auf die Ertragsanträge der Sozialdemokraten zur Gewerkschaften und auch auf ihre Haltung in der Frage des Arbeitszeitgesetzes durchaus begründlich.“

Auch die einflussreiche völksparteiliche Königlich Zeitung behauptet, daß die Sozialdemokratische Partei dem Ergebnis der Unterhandlungen die in der vorigen Woche worden ihren Vertretern und dem Reichskanzler geführt worden sind, eine falsche Interpretation gebe. Es sei nicht etwa so, daß Herr Marx das Versprechen gegeben habe, die gesetzgeberische Arbeit der Regierung auf die Grundlage einer Mehrheit zu stellen, die aus der Mitte und der Sozialdemokratie bestehe. Es handle sich lediglich darum, von Fall zu Fall, wie es schon immer gegenüber großen Oppositionsparteien geschehen sei, Vorberedungen über eine etwa unmögliche Unterstützung zu veranlassen. Die Regierungsparteien seien weder formell noch sachlich gewillt, die völlige Freiheit in ihrem tatsächlichen und sachlichen Vorgehen aufzugeben, und damit entfielen alle Voraussetzungen für Verhandlungen in Richtung auf die Große Koalition.

All diese Auslassungen beweisen, daß gewisse Führer der Volkspartei eine solche Verhandlung mit links nicht wollen, sondern nach rechts, mit den Deutschnationalen, zu verhandeln wünschen. Daß die Deutschnationalen für jede Unterstützung sofort Ministerstühle fordern, wissen sie und fördern das.

Dem Zentrum ist das ewige Drängen der Volkspartei nach rechts unüber. Sein führendes Organ, die Germania, schreibt: „Eine derartige tendenziöse Darstellung übersehen geflissentlich die eifrigsten Beweise, die die parlamentarischen Ereignisse der letzten Woche von neuem und in verstärkter Form für die naturgemäßen Mängel einer Minderheitsregierung erbracht haben. Sie verbleibt einfach die Augen vor der unläugbaren und von keinem ernsthaften Politiker geleugneten Tatsache, daß eine Fortdauer des bisherigen Zustandes leicht zu überaus unerwünschten parlamentarischen Krisen mit unabsehbaren Folgen führen kann.“

Die Sozialdemokratie nimmt von diesem Streite lebendig Notiz. Sie hat sich weder gebunden noch zu irgendwas verpflichtet. Bei den Vorberedungen wird es lediglich darauf ankommen, ob die Regierungsparteien vernünftige Vorschläge über die nächsten gesetzgeberischen Arbeiten machen oder vernünftigen Vorschlägen der Sozialdemokratie zugänglich sind. Der Zweck einer vorherigen Fühlungnahme, die Verhaltung der Deutschnationalen von der Konterrevolution, bleibt bestehen. Aber ihm wird nicht die mindeste entscheidende Forderung geopfert, die die Sozialdemokratie im Interesse des schaffenden Volkes zu stellen hat. Das mag immer wieder betont werden.

Hindenburg in Dresden

Der Reichspräsident als königlich preussischer Generalfeldmarschall

Es war vorzusehen, daß der Besuch Hindenburgs zu einem schwarzweißen Nummern benutzt werden würde. Zwar war der Flaggenschmuck in der Stadt ziemlich spärlich, aber natürlich dominierte die schwarzweiße Flagge; sogar der Reichsbankdirektor Richter in der Breiterstraße hatte schwarzweißrot geflaggt. Und diese Kennzeichnung zeigte sich noch in Kleinigkeiten fort. Fliegende Händler verkauften in den Straßen, in denen die Reugierigen Spalier standen, schwarzweiße Kinderfahnen mit Hindenburgs Bild und Hindenburg-Abeln mit schwarzweißen Bändern; es gab sogar Hindenburg-Breffermischplätzchen! Einem Schüler im Spalier wurde schlecht. Auf Befragen des Lehrers, was er gegessen habe, schloß er er: „Ich hatte Hunger und habe solche Hi-Hi-Hindenburg-Breffermische gegessen.“

Alles war da: Die hohe Obrigkeit natürlich, die Janungen, die Korpsstudenten, die „Baterländischen“ Verbände, die Kriegerebene und die aus Spalier dirigierten Schulführer. Und die Reugierigen, die ja beim schäneren Zug auch zur Stelle waren, standen wie die Rouen, darunter sicher viele der 100 000 Reichswähler, die sich bei der schwarzrotgoldenen Präsidentenwahl auf Hindenburgs Auto ebenso wenig etwas gedacht haben wie am Wahltag. Das alles fand unter schwarzweißen Fahnen, die es reichlich gab, denn es kam ja gar nicht der Präsident der deutschen Republik, sondern der Generalfeldmarschall zu Besuch. Hindenburg hatte von seinem eigenen Erlaß über das Tragen der Uniform der kaiserlichen Armee Gebrauch gemacht, er erschien in der alten Generalsuniform mit dem spitzen Helm. Und viele Offiziere der alten Armee hatten sich auch in alter Pracht aufgestellt; es war bedeutend nach Kampfer um die glühenden Herren.

Am Neuländer Bahnhof kam Hindenburg an, im Gefolge der neue Chef der Seerechtsleitung, v. Dese, der Adjutant des Präsidenten, Major v. Hindenburg, Reichswachminister Schler, der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer. Begleitet wurde er vom Volksbildungsminister Dr. Kaiser in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten Heide. Auch der Polizeipräsident Kühn war zur Stelle.

Dann begann das Schauspiel unter schwarzweißen Fahnen: Autofahrt ins Kasernenareal, Festgottesdienst in der Garnisonkirche, Parade der Dresdner Garnison, Einweihung der Infanterieschule, Ansprachen, Kranzniederlegung am Adeltentmal, Krähfuß, Rückfahrt zum Bahnhof. Auf der Rückfahrt sprang ein Mann aus der Menge auf das Auto des Präsidenten zu und rief: „Du bist mein Heiland!“ Es war ein geistlicher

Kellner, der erst vor kurzem aus der Heil- und Pflegeanstalt entlassen worden ist und nun dahin zurückkehrte. Vielleicht haben den armen Menschen die vielen „Netter“-Plakate irreführend.

Neuerlich, im Bilde der Straße, verlief die ganze Veranstaltung scheinbar so, wie Hindenburgs Besuche auch in anderen Städten verlaufen sind. Aber nur scheinbar, denn der Dresdner Besuch bekam seine besondere Note durch das Erscheinen des Reichspräsidenten als königlich preussischer Generalfeldmarschall. Und dementsprechend waren die Ansprachen. Bei der Einweihungsfeier in der Infanterieschule sprach deren Kommandeur, General v. Amberg, der den Reichspräsidenten als „Herr Feldmarschall“ begrüßte, und diese Äußerung nicht weniger als dreizehnmal gebrauchte! Eine hohe Dreizehn, Herr Reichspräsident! Jede Erwähnung der Republik blieb streng vermieden. Dafür kam die Wendung vor: „Sie, Herr Generalfeldmarschall, in ihrer Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Reichswehr.“ Ein General braucht wahrscheinlich nicht zu wissen, daß auch Hindenburg nicht als früherer Generalfeldmarschall, sondern nach der Verfassung nur als Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr ist! Auch bei den übrigen Ansprachen der Kommandeure der in Dresden stehenden Reichswehrtrouppen fiel mit ein einziges Mal das Wort „Reichspräsident“. Dafür hielt in Gegenwart Hindenburgs und des Reichswehrministers ein früherer General eine Ansprache „im Namen des königlich sächsischen Offizierskorps“, in deren Verlauf das „königlich sächsisch“ immer wieder herbeigehoben wurde.

Die tollste Verhöhnung der Republik, die eigentlich auch der Reichspräsident trotz seiner Generalsuniform als solche empfinden müßte, ereignete sich jedoch bei der Parade: der erste Truppenteil marschierte am Reichspräsidenten und am demokratischen Reichswehrminister Gehler unter den Klängen des Fredericus-Marsches vorüber!

Und so darf der Anseiger mit Recht schreiben: „Und so freute sich heute Dresden besonders, daß es Hindenburg als den Feldmarschall, als den Oberbefehlshaber der deutschen Armee sehen und ihm jubeln konnte.“ Niemand, auch der Reichspräsident selbst nicht, kann noch im Zweifel sein, wem das ganze Gepränge mit dem Verfügen des Dresdner Schulantele, das die Schullinder zum Spalierziehen aufrief, wem das alles galt: nicht dem Präsidenten der deutschen Republik, sondern dem